

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1912)
Heft: 13-14

Artikel: Der XIX. Welt-Friedenkongress
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-802761>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Motto.

Der Krieg ist in Wahrheit eine Krankheit, wo die Säfte, die zur Gesundheit und Erhaltung dienen, nur verwendet werden, um ein Fremdes, der Natur ungemässes, zu nähren.

Goethe zu Riemer (Dez. 1806).

Der XIX. Welt-Friedenskongress.

Die Kommission des Internationalen Friedensbureaus hat in ihrer Sitzung vom 30. Mai letzthin beschlossen, den Friedenskongress in Genf am Montag den 23. September, vormittags 10 Uhr, im grossen Saal (Aula) der Universität zu eröffnen.

Die Kommissionen werden am Vorabend und Montags, 23. September, zusammentreten.

Tagesordnung:

1. Bericht des Bureaus über die Ereignisse im abgelaufenen Jahr in ihren Beziehungen zu Krieg und Frieden. Aktuelle politische Fragen. Berichterstatter: Herr Gobat.
2. III. Haager Konferenz.
 - a) Gesetzbuch des internationalen Rechts. Berichterstatter: die Herren La Fontaine und Arnaud.
 - b) Studium der wirklichen Ursachen der Kriege seit 1815. Berichterstatter: Herr Leo Mechelin.
 - c) Ueber ökonomische Zwangsmittel im Falle der Verletzung des Völkerrechts. Berichterstatter: Herr Leon Bollack.
 - d) Die Frage der Ausdehnung der Militär-Luftschiffahrt. Berichterstatter: Herr Evans Darby.
3. Bericht der Kommission für Abrüstung.
4. Internationale Organisation des Pazifismus. Berichterstatter: Herr Gobat.
5. Internationale Organisation der Mitteilungen an die Presse. Berichterstatter: die Herren Le Foyer und A. H. Fried.
6. Handelskonkurrenz und die internationalen Beziehungen. Berichterstatter: Herr Yves Guyot.
7. Hilfe für die Fremden. Berichterstatter: Herr Gaston Moch.
8. Die Pflicht der Pazifisten eines Landes, das sich in einen Eroberungskrieg einlässt.
9. Revision des Kongressreglementes.
10. Bericht der Propagandakommission.
11. Bericht der Kommission für internationale Erziehung.

—o—

Die wirtschaftliche Bedeutung der Friedensbewegung.

Vortrag von Gustav Maier bei der Delegiertenversammlung des Schweiz. Friedensvereins am 5. Mai 1912, im Kantonsratsaal in Zürich.

Dem Andenken Frédéric Passy's gewidmet.

Sowohl die Anhänger als insbesondere die Gegner der Friedensbewegung sind bisher im wesentlichen davon ausgegangen, dass diese Bewegung eine rein ethische sei. Tatsächlich liegt auch ihr erster Ursprung in religiösen Gedanken des frühen Mittelalters, die von den Philosophen der Neuzeit (besonders Kant) fortgebildet und dann um die Mitte des vorigen Jahrhunderts durch den eifigen Quäkerapostel Elihu Burritt zum ersten Male agitatorisch von Amerika aus nach Europa hinüber getragen wurden; von da ab verbreitete sich die Bewegung durch die Tätigkeit begeisterter Menschenfreunde, zunächst von England aus, zahlreiche Vereins-

bildungen ins Leben rufend und allmählich Einfluss gewinnend auch in politischen Kreisen.

Neuerdings ist in steigendem Masse die Bedeutung der Friedensfrage vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus erörtert und festgestellt worden, wobei besonders Frédéric Passy und Leopold von Bloch anregend gewirkt haben, in der neuesten Zeit Norman Angell. Dieser wichtigen und entscheidenden Seite der Frage gelten denn auch die nachfolgenden Betrachtungen. Sie beziehen sich naturgemäß nur zum geringsten Teil auf unser engeres Vaterland, die Schweiz. Denn wir sind ja nicht die selbständigen Führer in der grossen militärischen Entwicklung, die seit einigen Jahrzehnten Europa ergripen hat, wir sind vielmehr durch unsere geographische Lage inmitten von vier der grossen Militärsstaaten gezwungen, im Interesse unserer Unabhängigkeit und Selbständigkeit ihrem Beispiel in gewissem Umfange Rechnung zu tragen. Massgebend und führend in jener grossen militärischen Bewegung sind vielmehr die acht Grossstaaten, die gegenwärtig die internationale Politik bestimmen, nämlich Deutschland, England, Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn, Russland, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Japan.

Die Rüstungsausgaben für Landheer und Marine dieser acht Staaten haben sich nun in einem Zeitraum von etwa 40 Jahren auf das Vierfache gesteigert. Sie betragen insgesamt in den Jahren 1865 bis 1869 noch 2650 Millionen Franken jährlich, 1880 bis 1882 bereits 4400 Millionen, 1908 6600 Millionen und überstiegen im Jahre 1912 den Jahresbetrag von 10,000 Millionen Franken. Dabei ist der Aufwand für Marinezwecke, infolge der gesteigerten Bedeutung und Würdigung der Kolonialpolitik und der damit verbundenen imperialistischen Strömung, in erheblich grösserem Masse gestiegen als derjenige für die Landheere.

Es ist ohne weitere Ausführungen klar, dass selbst bei der gewaltigsten und ergiebigsten wirtschaftlichen Entwicklung ein derartiger Aufwand im Haushalte der Völker eine entscheidende Rolle spielen muss. Beträgt er doch für die sechs europäischen Grossstaaten allein über 8 Milliarden Franken jährlich. Daneben sind im gleichen Zeitraume die Zinsen der Staatsschulden dieser Länder, die meistens infolge von militärischen Ausgaben so stark vermehrt wurden, um etwa 3000 Millionen Franken jährlich gewachsen, so dass auf den Kopf der Bevölkerung 30—40 Fr., auf die Familie 150—200 Fr. für jährliche Militärausgaben entfallen. In den letzten 25 Jahren betragen die Ausgaben jener acht Staaten für Rüstungszwecke insgesamt 145 Milliarden Franken, und wenn es so weiter geht, so werden die nächsten 25 Jahre, einschliesslich der vermehrten Zinsbelastung, jedenfalls weit über 300 Milliarden Franken verschlingen.

Trotzdem wir nachgerade an gewaltige Ziffern gewöhnt sind, übersteigen solche Riesensummen doch die Grenzen unserer Phantasie und zweifellos auch diejenigen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Bei der Grösse des Gebietes und der in Betracht kommenden Faktoren kann dies lange unerkannt bleiben, aber es ist heute schon den einsichtigen Staatsmännern kein Geheimnis mehr. Kaiser Nikolaus von Russland hat es in seinem berühmten Manifest, das zur Bildung des Haager Schiedsgerichtshofs führte, offen anerkannt, wie auch z. B. die englischen Staatsleiter mit ihren Vorschlägen zur Einschränkung der Schiffsbauten. Diese allgemeine Ueberbürdung zeigt sich deutlich an dem Beispiel des Deutschen Reiches. Deutschland, durch seine geographische Lage und seine historische Entwicklung zur Aufrechterhal-

tung einer grossen militärischen Landmacht gezwungen, ist im letzten Jahrzehnt in raschem Tempo auch in die Reihe der grossen Seemächte eingetreten. Seine Ausgaben für militärische Zwecke, die im Jahre 1881 noch 400 Millionen Mark betrugen, sind 1886 auf 600, 1908 auf 1200 Millionen Mark gestiegen und betragen im Jahre 1912 etwa 1350 Millionen Mark, also etwa 21½ Mark auf den Kopf der Bevölkerung, 107 Mark auf die einzelne Familie. Die sämtlichen Abgaben (staatliche, provinzielle und kommunale) ergeben auf den Kopf zirka 58 Mark, so dass etwa 37% davon für militärische Zwecke verausgabt werden. Wohl ist das nationale Einkommen ebenfalls erheblich gestiegen; man berechnet, dass die jährliche Steigerung desselben im Deutschen Reiche etwa 1250 Millionen Mark ausmacht, die durch die gestiegenen Preise aller Lebensbedürfnisse sicherlich wieder absorbiert werden. Man schätzt das gesamte Einkommen in Deutschland auf jährlich 60,000 Millionen Mark, was wohl eher zu hoch sein dürfte. Nehmen wir aber selbst diese Schätzung als richtig an, so dürfte der effektive (d. h. nicht nur auf zahlenmäßig steigende Bewertungen zurückzuführende) Zuwachs des Nationalvermögens kaum höher zu berechnen sein, als auf jährlich 5% dieses Gesamteinkommens, also höchstens auf einen Betrag von 3000 Millionen Mark. Und es ist gewiss nicht gleichgültig, welcher Prozentsatz dieses Vermögenszuwachses auf produktive und welcher auf unproduktive Zwecke verwendet wird. Dabei ist in Betracht zu ziehen, dass besonders in Deutschland alljährlich in steigendem Masse grosse Summen in neuen industriellen Unternehmungen festgelegt werden, ein erheblicher Teil davon auch in Unternehmungen, die vornehmlich für Kriegszwecke arbeiten (Gewehr- und Geschützfabriken, Schiffswerften u. dergl.). Unter diesen Umständen ist es wohl begreiflich, dass eine gewisse finanzielle Überbürdung der nationalen Wirtschaft eintritt und endlich auch sich offenbart zunächst in den Staatsfinanzen: die zumeist durch Militärausgaben auf über 5 Milliarden Mark angeschwollene, feste unbedeckte Schuld des Deutschen Reiches, zu der noch stets erhebliche schwedende Schulden hinzutreten, kann nur in sehr geringem Masse getilgt werden* (während z. B. England seine durch den Burenkrieg um über 100 Millionen Pfund Sterling gesteigerte Staatsschuld bereits wieder durch Tilgung auf annähernd den früheren Betrag zurückgeführt hat). Fortwährend macht sich daher im Deutschen Reiche die Notwendigkeit geltend, neue Steuern zu erfinden, die vorzugsweise auf das Erwerbsleben fallen und daher geeignet sind, die Entwicklung von Handel, Industrie und Börse zu hemmen und damit die Steigerung des Nationaleinkommens zu verlangsamen. Jene Überbürdung tritt denn auch scharf hervor in der Gesamtbilanz der nationalen Wirtschaft, wie sie sich in den Ausweisen der grossen Banken spiegelt und eine gewisse Knappheit an flüssigen Mitteln offenbart. Die Deutsche Reichsbank kam in den letzten Jahren sicherlich allzu oft in die Lage, die erheblich erweiterte Grenze ihres steuerfreien Notenumlaufs zu überschreiten. Zwar bestand von jeher wegen der Verschiedenheit des nationalen Reichtums ein gewisser Unterschied in den Zinssätzen, indem diese in Deutschland immer etwas höher waren als z. B. in Frankreich und England. Aber diese Differenz hat sich in der letzten Zeit erheblich verschärft und stabiler erhalten als früher, wie denn gegenwärtig die Deutsche

Reichsbank seit vielen Monaten einen Diskontosatz von 5% aufrechthalten muss, während das Geld in andern Ländern seit geraumer Zeit recht erheblich billiger ist. Ein sicheres Barometer für die internationale Auffassung der wirtschaftlichen Lage eines Volkes ist auch der Kursstand seiner Staatspapiere. Die deutschen 3½%igen Staatsanleihen, auch die fundierten der Einzelstaaten, stehen derzeit zirka 90%, die 3%igen französischen Renten 93%, die 2½%igen englischen Consols 76%, woraus sich ergibt, dass der deutsche Staatssredit mit 3,89% bewertet wird gegenüber einem Prozentsatz von 3,23% für den französischen, 3,29% für den englischen Staatssredit. An dieser Beweisführung ändert der Umstand nichts, dass der grösste Teil der deutschen Staatsschuld im inländischen Besitz ist, denn dies ist in Frankreich und England nicht minder der Fall.

Weit stärker noch als diese direkte finanzielle Belastung wirkt auf die wirtschaftliche Entwicklung der Umstand, dass ein grosser, immerfort steigender Teil der kräftigsten und arbeitsfähigsten männlichen Jugend ständig auf lange Zeit hinaus unter den Waffen steht, gegenwärtig in Europa gegen 4 Millionen. Dadurch muss die produktive Tätigkeit der Gesamtwirtschaft erheblich geschädigt werden. Tatsächlich stehen auch Länder wie die Vereinigten Staaten und die Schweiz, die nur eine geringe Friedenspräsenz haben, trotz grosser Militärausgaben in einer verhältnismässig besseren wirtschaftlichen Lage, was zweifellos mit diesem Unterschiede zusammenhängt, der wohl auch für England in Betracht kommt. Die Gesetze des Wirtschaftslebens gelten für das grössere Gebiet genau so wie für das kleinere, wenn sich auch ihre Einwirkung dort langsamer vollzieht und sich daher schwerer erkennen lässt. Ebenso wie es nicht gleichgültig ist, ob in einer Fabrik 500 Arbeiter sämtlich produktiv tätig sind oder ob 50 oder 100 durch unproduktive Tätigkeit (wie Aufsicht, Bewachung, Reinigung oder gar Verteidigung) von der Arbeit ferngehalten werden, so trifft dies auch im nationalen Wirtschaftsleben zu. Der früher oft gehörte Einwand, dass durch die Verminderung der stehenden Heere das Arbeitsangebot vermehrt und damit das Uebel der Arbeitslosigkeit gesteigert werde, ist längst als irrtümlich erkannt worden. Denn jeder Arbeitende ist ja nicht nur Produzent, sondern im gleichen Masse auch Konsument: er vermehrt also nicht nur das Angebot, sondern auch die Nachfrage der Arbeit. Dieses Verhältnis wird durchbrochen, wenn eine grosse Anzahl von Teilnehmern an der nationalen Wirtschaft von der produktiven Tätigkeit ausgeschlossen sind und daher im wesentlichen auf allgemeine Kosten ernährt und erhalten werden müssen; der Fall kann ja in jedem von der Arbeit seiner Genossen lebenden Haushalte beobachtet werden.

Ebenso wenig stichhaltig ist die Entschuldigung, dass die militärischen Ausgaben ja wieder im wesentlichen dem nationalen Wirtschaftsleben als Einnahmen zufließen. Denn es ist gewiss nicht das Gleiche, ob unsere Ausgaben produktiven oder unproduktiven Zwecken dienen, ob wir für 100 Fr. einen Revolver oder ein Handwerkszeug kaufen, ob wir für 100 Millionen eine wirtschaftlich nutzbringende, sich selbst verzinsende und amortisierende Eisenbahn schaffen, oder für den gleichen Betrag zwei Dreadnoughts bauen (deren einer tatsächlich zirka 50 Millionen Franken kostet), die enorme Betriebskosten erfordern und in spätestens 20 Jahren zum alten Eisen geworfen werden müssen, wenn sie nicht schon früher infolge von technischen Fortschritten unbrauchbar geworden sind. Wenn wir in unseren Fabriken Tuche herstellen, so ist doch der Effekt ein sehr ver-

* Anmerkung. Die Staatsschulden Preußens und der andern deutschen Einzelstaaten in Höhe von ca. 17 Milliarden Mark sind durch Staatseigentum, insbesondere Eisenbahnen, sehr reichlich gedeckt.

schiedener, ob wir diese Produkte gegen bares Geld oder gegen Austausch anderer Waren ins Ausland verkaufen, oder ob wir sie zur Uniformierung unserer eigenen Armee verwenden.

Im engsten Zusammenhang mit den steigenden Militärausgaben steht die in der Neuzeit sich immer mehr verschärfende Teuerung aller Lebensbedürfnisse, die man ziemlich allgemein auf die eingetretene Verminderung des Geldwertes zurückführt. Diese Entwertung des Geldes ist gegenüber früheren Zeiten tatsächlich vorhanden: sie ist hervorgegangen aus der gewaltigen Ausbildung unseres Kreditwesens in Verbindung mit der Mobilisierung des Kapitals. So wird heute ein Vermögensbesitz, der noch vor 50 Jahren Reichtum bedeutete, als sehr bescheiden angesehen und nicht mehr gewürdigt; so ist jetzt ein Einkommen, das noch vor kurzer Zeit als glänzend betrachtet wurde, weitaus nicht mehr genügend. Aber während diese allgemeine und internationale Bewegung sich gerade in den letzten zehn Jahren verlangsamt hat, ist eben in dieser Zeit eine Aufwärtsbewegung aller Preise, besonders der Lebensmittel, eingetreten, die nur in geringem Umfange auf die Fortwirkung jener Geldentwertung zurückgeführt werden kann. Denn innerhalb jener grossen Bewegung der Geldentwertung stehen wir ja derzeit in einer Periode der höheren Bewertung des Geldes, wofür der Beweis erbracht wird durch die neuerdings allenthalben erheblich gestiegenen Zins- und Diskontosätze*. Unter dieser momentanen Verteuerung des Geldes müssten nach natürlichen Gesetzen (abgesehen von der Einwirkung von Angebot und Nachfrage bei einzelnen Waren) die Preise der Waren sinken. Wenn dies nicht der Fall ist, vielmehr das genaue Gegenteil, so müssen andere Ursachen mitwirken. Und tatsächlich liegt wohl eine starke Ursache der Preiserhöhung für alle Lebensbedürfnisse in dem verallgemeinerten System der Schutzzölle, jener angenehmen und sicheren Form der weniger fühlbaren indirekten Besteuerung, die besonders durch die grossen militärischen Ausgaben und die dadurch entstandene Not der Staatsfinanzen hervorgerufen worden sind. Man hat zwar für diese Form der Besteuerung, welche die ärmeren Volksschichten und damit die eigentliche Arbeit am stärksten belastet, das schöne Wort vom „Schutz der nationalen Arbeit“ geprägt, das aber nicht mehr trifft, sobald die Schutzzölle allgemeine geworden sind. Dann handelt es sich höchstens noch um „Trutz gegen fremde Arbeit“, der aber nicht einmal mehr wirksam ist. Denn unter dem herrschenden Gesetze der industriellen Massenproduktion wirft nun jedes Land den Ueberschuss seiner eigenen Erzeugnisse gemeinhin zu viel billigeren Preisen ins Ausland, als im Inlande verkauft wird. Dadurch gleicht sich die Konkurrenzirkung vollständig aus, aber im geschützten Inland steigen die Preise: in England z. B. sind Fleisch und Getreide sehr erheblich billiger als auf dem Kontinent, besonders in Deutschland. Die inländischen Industriellen haben trotzdem dadurch meistens nur einen verhältnismässig geringen Vorteil, weil sie an ihrer exportierten Produktion wenig oder nichts verdienen, manchmal sogar Geld zuzusetzen, und weil sie außerdem fortwährend mit neuen schweren Steuern belastet werden. Die zum grossen Teil auf

diese Weise von ihm selbst herbeigeführte Teuerung der Lebensbedürfnisse legt dem Staat wiederum die Notwendigkeit auf, die Gehälter seiner Beamten ständig zu erhöhen, und damit steigen wiederum die Staatsausgaben und die Notwendigkeit der fortgesetzten Steuererhöhungen.

Bei der starken patriotischen Bedeutung, welche ganz allgemein heutzutage den militärischen Ausgaben beigelegt wird, werden diese von den Regierungen in die erste Reihe gestellt und von den Volksvertretungen meistens rasch bewilligt. Dagegen müssen natürlich andere kulturelle Aufgaben in die zweite Linie gestellt werden und mannigfachen Verkürzungen unterliegen. Bei diesen tritt überall sorgliche Sparsamkeit in ihr Recht, die gegenüber den militärischen Ausgaben verhältnismässig weit weniger in Betracht kommt. Das Verhältnis der letzteren zu den öffentlichen Ausgaben für Wohlfahrtszwecke stellt sich in England wie 5:1, in der Schweiz wie 8:1, in Frankreich wie 10:1, in Deutschland wie 20:1. Selbst die Aufwendungen für die Verwaltung und Sicherheit müssen darunter leiden, und nur so ist z. B. auch die Unzulänglichkeit der Polizei in unsren grossen Hauptstädten zu erklären, welche die ernstesten Gefahren für den Bestand der Gesellschaft hervorruft. Ist es nicht merkwürdig, dass in einem militärisch stark gerüsteten Staate wie Frankreich die Bevölkerung der Hauptstadt wochen- und monatelang von einer ganz kleinen Schar verwegener Strassenräuber in Furcht und Schrecken gehalten werden kann? Aehnliche Erscheinungen zeigen sich auch in andern Ländern, wie z. B. in Deutschland gelegentlich der Unruhen in Moabit. — So wirken die ungeheuren Militärlasten allenthalben auch noch indirekt schädigend ein auf die so notwendige Fürsorge für die Zwecke der sozialen Wohlfahrt, der Erziehung, der Sicherheit, und unsere Gesamtwirtschaft gleicht damit stark dem Einzelhaushalt, der nur nach aussen gerichtet ist und höhere innere Zwecke vernachlässigt.

(Schluss folgt.)

—o—

Glossen zu den Militärdebatten in der Bundesversammlung.

Die Militärdebatten der schweizerischen Bundesversammlung gehören der Geschichte an. Die Bewilligung eines ausserordentlichen Kredites von 31,5 Millionen Franken für Heeresverstärkungen ist, wie zu erwarten war, Tatsache geworden. Daran ist nicht mehr zu rütteln. Aber gleichwohl erscheinen mir einige glossierende Bemerkungen dazu als angebracht. Das um so mehr, als bei der Beratung im Plenum verschiedene Aeusserungen fielen, die vom pazifistischen Standpunkt aus betrachtet, sich als irrig darstellen und deshalb nicht unwidersprochen bleiben können.

Die Vorlagen wurden insbesondere mit dem Argument befürwortet, die politische Situation in Europa hätte sich verschärft, und damit sei auch die Kriegsgefahr gestiegen. Beweis: der Marokkokonflikt des letzten Jahres. Allein diese Ansicht ist meines Erachtens durchaus unhaltbar. Gerade die Ereignisse vom vergangenen Sommer und Herbst sprechen gegen diese Auffassung. Mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig lässt, zeigt uns die englisch-französisch-deutsche Spannung von 1911 (sofern wir nicht mit Blindheit geschlagen sind), dass ein Krieg in Europa so gut wie ausgeschlossen, mindestens unwahrscheinlich ist.

Trotzdem das politische Barometer auf Sturm deutete, trotzdem die Erregung bis zur Siedehitze stieg,

* Der durchschnittliche Diskontosatz der Deutschen Reichsbank betrug im Jahre 1894 3,12 %, im Jahre 1911 4,40 % (1906 5,15 und 1907 sogar 6,03). Englische Consols (damals 2^{3/4} %/oig) standen 1897 112 % und stehen 1912 (jetzt 2^{1/2} %/oig) 76 %. Unter Berücksichtigung der zwischenzeitlichen Zinsherabsetzung beträgt die Kurendifferenz immerhin ca. 25 %, d. h. die Kapitalisierung dieses ersten Staatspapiers ist um diesen Prozentsatz innerhalb der letzten 15 Jahre verändert.